

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 14. 31. Jahrg.

5. April 1918.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Dornick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4208. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 89.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 16 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Ein neues Arbeitsrecht. I. Rundschau. Der Bauarbeiterverbandstag. — **Allgemeines:** Gau Frankfurt a. M. — Mainz! Zur Aussprache über die Urabstimmung. Ortsberichte: Frankfurt a. M. — Die photomechanischen Fächer: Ortsberichte: Berlin, Chemigraphen. — **Feuilleton:** Scheußlichkeiten. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände
sanden wir unser Rundschreiben Nr. 51 und 52, sowie neue Beitragsmarken nebst genauen Anweisungen. Dieser Sendung lag auch das Material zur Abrechnung für das I. Quartal 1918 und eine Karte für das Statistische Amt bei, die bis spätestens den 10. April ausgefüllt an uns eingesandt werden soll.

Eine Sondernummer der »Graphischen Presse« für unsere Kollegen im Felde, wird den Ortsvorständen gleichzeitig mit dieser Nummer zugehen. Für die im Kriegsdienst befindlichen Chemigraphenkollegen lagen unserer Sendung Fragebogen der Chemigraphen-Zentralkommission bei, die von den Ortsvorständen der Sondernummer der »Graphischen Presse« beigelegt werden sollen.

Falls unsere Sendungen irgendwo nicht angekommen sein sollten, so bitten wir, zwecks Nachlieferung um sofortige Mitteilung.

Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Ein neues Arbeitsrecht.

I.

Der Weltkrieg, in dessen Mittelpunkt Deutschland steht, hat nicht nur unser Wirtschaftsleben vollkommen umgewälzt, sondern er hat auch Neuordnungsbestrebungen auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung aller Staatsbürger erweckt, die nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf dem der Sozialpolitik und des ganzen Arbeitsrechts schon in lebhaften Fluß gekommen sind. Wenn diese Neuordnungsbestrebungen einmal zu greifbaren Ergebnissen geführt haben und zu einem gewissen Abschluß gekommen sein werden, wird es sich erweisen, daß der Krieg bei all seiner Furchtbarkeit als Menschen-schlächter und Wertzertrümmerer doch auch als tiefgreifender und aufbauender Revolutionär gewirkt hat, der dem Fortschritt und der Freiheit den Weg bereiten half. Das klingt angesichts der Militärgewalt, der Versammlungs-unfreiheit, der Prezensur und der vielen anderen Beschränkungen, die seit Kriegsausbruch das innerpolitische Leben bedrücken, unwahrscheinlich; trotzdem ist es so! Die innerpolitische Neuordnung auf allen Gebieten ist im Gange und sie wird allen Widerständen zum Trotz nicht mehr aufgehalten werden können. Sache der Arbeiterschaft muß es sein, sie anzufeuern, immer lebhafter in Gang zu bringen und in den rechten Bahnen zu halten. Einen bedeutsamen Schritt dazu tat die Generalkommission durch die Zusammenfassung aller Arbeiterforderungen zur Neuordnung in dem von ihr aufgestellten sozialpolitischen Arbeiterprogramm, in dem die Vorbereitung und die Richtschnur für die Schaffung eines neuen und allumfassenden Arbeiterrechts enthalten ist. Die Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft ist abhängig von der tatkräftigen Mitwirkung der Arbeiterschaft. Diese hat daher auch begründeten

Anspruch auf die Berücksichtigung und Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche, nicht als Belohnung für ihre Haltung im Kriege, die sich aus der Sachlage bei Kriegsausbruch ganz von selbst ergeben mußte, sondern als ein selbstverständliches und längst fälliges Recht, und sie wird nicht eher ruhen, als nicht ihre auf dem Grundsatz der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung beruhenden Forderungen und Wünsche zur Neuordnung auch verwirklicht sind.

Im Vordergrund dieser Forderungen und Wünsche steht der Anspruch auf ein völlig unbeschränktes und ungehindertes Vereinigungsrecht, das die Vorbedingung für die Erringung und Wahrung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung genannt werden muß. Zur Durchsetzung des vollen Vereinigungsrechts gehört die Aufhebung aller Vereinigungsverbote und -einschränkungen, unter denen die Eisenbahner, Seeleute, landwirtschaftlichen Arbeiter, Diensthöfen und schließlich auch die in Deutschland lebenden und arbeitenden Ausländer heute noch leiden. Ferner gehört dazu die Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen, die das Recht des Streiks, der Sperrung, des Boykotts und der Anwendung anderer gewerkschaftlicher Kampfmittel einschränken, hauptsächlich auch des § 153 der Gewerbeordnung. Über die Aufhebung der Vereinigungs- und Streikverbote hinaus muß das Vereinigungs- und Streikrecht gegen alle behördlichen und privaten Verbote und Beschränkungen gesetzlich gesichert werden, wozu auch die Ablehnung aller Streikklauseln in Verträgen gehört, die bei der Vergabe von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen zwischen Behörden und Unternehmern abgeschlossen werden; in solchen Verträgen wäre das Vereinigungsrecht der Arbeiter ausdrücklich sicherzustellen.

Diese Forderungen werden nicht erhoben, um der »Streikwut« ungehindert frönen zu können. Die Arbeiter führen den wirtschaftlichen Kampf nicht um des Kampfeswillen. Er ist und bleibt immer ein zweischneidiges Schwert. Die Arbeiter vermeiden ihn, wenn sie ohne ihn ihr Ziel, die Hebung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Maßgabe des Möglichen, erreichen können. Daher halten sie auch die Forderung und den Ausbau des gewerblichen Einigungswesens durch die Errichtung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten für ein dringendes Erfordernis. Diese Schiedsinstanzen müßten natürlich unter einem unparteiischen Leiter paritätisch zusammengesetzt sein aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter bzw. Angestellten. Auf Anruf durch einen der beiden Teile müßten sie das Recht der Fällung eines Schiedspruchs haben, dessen Anerkennung und Einhaltung unter dem moralischen Druck der öffentlichen Meinung meist außer Frage stehen wird. Als Grundlage der Schiedsgerichtsbarkeit kämen Schlichtungsstellen für den Bezirk eines Stadt- oder Landkreises in Betracht, auf denen sich Landeseinigungsämter für ganze Bundesstaaten

oder Provinzen aufzubauen hätten mit einem Reichseinigungsamt als Krönung des Ganzen. Anfänge in dieser Entwicklung sind bereits in dem Wirken vieler Gewerbevereine als Einigungsämter und in der Vermittlungstätigkeit des Reichsamtes des Innern bei Bewegungen, die sich über große Gebiete erstrecken, zu beobachten, und daß es an objektiven Schiedsrichtern nicht fehlen wird, dafür haben Dr. Prenner, Wiedfeld, v. Schulz und andere bereits den Beweis erbracht.

In engem Zusammenhange mit dem Ausbau der gewerblichen Schiedsgerichtsbarkeit steht das Tarifvertragsrecht, dessen gesetzliche Regelung in der Richtung zu fordern ist, daß die bei einem Einigungsamt unterschriftlich hinterlegten Tarifverträge rechtlich erkannt und welche rechtlich anerkannten Verträge gegen private Abdingung sichergestellt werden müßten. Der Tarifvertrag würde unbedingt über den einzelnen Arbeitsvertrag zu stellen sein. Die Tarifvereinbarungen müßten als öffentliches Recht anerkannt und alle nicht unmittelbar aus einem Verträge hervorgehenden Haftungsbestimmungen zum Nachteil der Vereinbarung tragenden Verbände müßten aufgehoben werden. Eine solche Regelung würde dem Abschluß von Tarifverträgen, die als die vertragliche Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bezeichnen sind, zweifellos außerordentlich förderlich sein.

Von größter Bedeutung ist ferner die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und Arbeiter bzw. Angestellten durch die Errichtung von Arbeitskammern, in denen gleichzeitig die Möglichkeit zur öffentlich-rechtlichen Wahrnehmung besonderer Interessen der Unternehmer oder der Angestellten und Arbeiter geschaffen werden müßte. Die Kammern würden neben der Begutachtung und Beschwerdeführung, der Untersuchung von Arbeitsverhältnissen, den statistischen Erhebungen und der jährlichen Berichterstattung über Wirtschafts- und Arbeiterfragen hauptsächlich auch die Förderung von Arbeitsgemeinschaften und Tarifvereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern oder den beiderseitigen Organisationen als Hauptaufgabe zu betreiben haben. Natürlich müßten die Kammern streng paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeitnehmer, die in geheimer Wahl in getrennten Wahlgängen zu wählen wären, zusammengesetzt sein. Zur Wahrnehmung der besonderen Interessen eines der beiden Teile müßte jeder der beiden Vertretungen das Recht des Zusammentritts für sich allein, ohne die Vertreter des anderen Teils, eingeräumt werden. Das Arbeitsgebiet jeder Arbeitskammer könnte sich über einen Bundesstaat oder eine Provinz erstrecken und die Wirksamkeit der Kammer könnte durch Arbeitsräte für jeden Stadt- und Landkreis, aufgebaut nach dem Muster der Kammern, unterstützt und gefördert werden. — Zur Vertre-

lung der Arbeiter in den Betrieben, zur Verhandlung über Anträge, Wünsche und Beschwerden aus dem Arbeitsverhältnis und zu ihrer Geltendmachung gegenüber der Betriebsleitung würden in jedem Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten von den Arbeitern gewählte **Arbeiterräte** zu schaffen sein, und die Betriebsleitung müßte, ähnlich wie es im Hilfsdienstgesetz bestimmt ist, zur Verhandlung mit dem Arbeiterrat verpflichtet werden.

Rundschau.

Höchst einfach! Die Gemeindevorsteher, die die den genußstiftenden Mitbürgern, die mehr Kartoffeln verbraucht haben als ihnen eigentlich erlaubt ist, einfach den Rest der Vorräte wegnehmen wollen, werden noch übertrumpft durch die Firma Methner & Frahn, A.-G., in Landshut, die ihren Arbeitern auf die Forderung einer Lohnerhöhung mitteilt:

Zu Ihnen, die Forderung einer Lohnerhöhung begründenden Ausführungen vom 3. November 1917: »Je länger der Krieg dauert, desto knapper stehen die Lebensmittel und Bedarfsartikel zur Verfügung, um so höher steigen die Preise dafür, ist zu bemerken, daß gerade die »Knappheit« und die Rationierung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel auch wiederum durch die Beschränkung, die sich dadurch jeder auferlegen muß, die Teuerung nicht in solchem Maße fühlbar macht wie man aus einem rein ziffernmäßigen Vergleich der Warenpreise vor und während des Krieges annehmen sollte.

Hoffentlich macht die Auffassung der Firma nicht Schule. Sonst erleben wir es schließlich noch daß die Unternehmer nicht nur das Fortbestehen der Zwangsrationierung, sondern auch noch kärglichere Bemessung der Rationen fordern, nur um die Kosten der Lebenshaltung und damit den Arbeitslohn zu drücken.

Die Sommerzeit. Mit den 15. April beginnt wieder die neue Sommerzeit, die bis zum 15. September währt. Bekanntlich ist diese Zeitverlegung geschehen, um künstliches Licht zu sparen. Die Generalkommission hat nun eine Umfrage veranstaltet, um festzustellen, wie weit Nachteile oder Vorteile für die Arbeiter dabei herauskommen. Aus den Antworten geht hervor, daß in den meisten Gewerben eine besondere Benachteiligung sich nicht erkennen ließ. Die Bergarbeiter berichten allerdings, daß sie durch den früheren Beginn der Arbeit mehr Licht verbrauchen. Die Brauereiarbeiter und Steinsetzer bekunden übereinstimmend, daß durch diese Neuerung, die Nachtruhe der Arbeiter erheblich verkürzt wird, was wohl, bei der knappen Ernährung zu einer gesundheitlichen Schwächung führen könnte.

Die Gewerkschaften und der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Eine Konferenz der Vorstände der freien Gewerkschaften, die am 25. März 1918 unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Legien tagte, hat in eingehender Aussprache zur Frage der Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmerorganisation Stellung genommen. Die Konferenz faßte nahezu einstimmig folgenden Beschluß: »Die Konferenz sieht keinen Anlaß, zu dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in befürwortendem oder ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Gegen die Förderung des Bundes durch Gewerkschaftsfunktionäre bestehen keine Bedenken. Eine Verpflichtung in dieser Hinsicht kann jedoch niemand auferlegt werden. Die Entsendung einer Vertretung zu dem einberufenen Bundestag wird der Generalkommission anheimgestellt.«

Heimstätten und Gesundheit. Der Kinderarzt Sanitätsrat Dr. Hanssen, Kiel, schreibt in seinem Werk: »Diphtherie, Sommersterblichkeit der Säuglinge und Tuberkulose als soziale Wohnungskrankheiten« (Berlin 1914, R. Schoetz): »In den Einfamilienhäusern des Ellerbecker Bauvereins kamen in derselben Zeit bei 5121 Einwohnern 7 Todesfälle an Tuberkulose vor, in welcher in einer Kieler Straße mit Mietkasernen bei 4228 Einwohnern 14 Todesfälle an Tuberkulose vorkamen.«

Auch eine Bekämpfung der drohenden Wohnungsnot. Für Groß-Berlin ist die Freigabe für Dach- und Kellerwohnungen zum Wohnen erfolgt, damit Sicherheit besteht, daß die geschaffenen Räumlichkeiten für die heimkehrenden Krieger zur Verfügung stehen. Diese Maßnahme kann uns ganz gewiß nicht mit Beruhigung erfüllen. Ihre Beseitigung durch eine lebhaftere Neubautätigkeit für Wohnhäuser möglichst durch Gemeinden oder Genossenschaften liegt im Interesse des Ansehens unseres Volkes.

Geschäftsbericht des Dachdeckerverbandes. Als erste gewerkschaftliche Organisation versendet der Zentralverband der Dachdecker eben seinen Geschäftsbericht für die letzten zwei Jahre. Aus ihm entnehmen wir, daß der Mitgliederbestand in dieser Zeit trotz 71 Prozent Einberufungen nicht zurückgegangen ist. Zum erstenmal wurden in

diesem Berufe zentrale Tarifverhandlungen erfolgreich durchgeführt, die rund 40 Pfg. Teuerungszulagen brachten. Der Bericht schildert die zentrale Bewegung in allen Einzelheiten, die auch der Nichtberufskollege mit großem Nutzen lesen wird. Trotz der 60 Prozent Lohnerhöhung stellt der Bericht fest, daß die Lebenshaltung der Dachdecker sehr zurückgegangen ist. Sie ist auch dadurch geschädigt worden, daß das Überstundenwesen, die Akkordarbeit und der Bauarbeiterschutz nicht mehr so streng im Zügel gehalten werden. Beachtenswert sind die Berichte über die vielen Einzelkämpfe. So zeigt der Bericht auch dieser verhältnismäßig kleinen Organisation, daß der Krieg die Kämpfe wohl in ihren Formen verändert hat, diese selbst dadurch aber nicht weniger zahlreich geworden, vielfach sogar mit der alten Schärfe ausgekämpft worden sind.

Aus dem Auslande.

Aufschwung der Gewerkschaften in Österreich. Bis auf einige Berufe, die durch die Abschneidung des Exports und Rohstoffmangels stillgelegt sind, haben alle österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1917 einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen. In diesem Jahre stiegen die Mitgliederzahlen der Verbände der Metallarbeiter von 29000 auf 122000, der Eisenbahner von 37000 auf 55000, Bergarbeiter von 7000 auf 15000, Holzarbeiter von 4000 auf 6000, Gießer von 1900 auf 4400 — der Gießerverband hat seinen seine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband vollzogen — Schneider von 1900 auf 4300, Kellner von 300 auf 1200. Der Verband der Fabrikarbeiter (in Österreich Verband der Arbeiter der chemischen Industrie genannt) gewann 14 000 neue Mitglieder, die Transportarbeiter 2500 usw. In den graphischen Gewerben sind jetzt 91,83 Prozent organisiert.

Der Bauarbeiterverbandstag.

Die letzten Wochen haben uns in der Arbeiterbewegung einige interessante Überraschungen gebracht. Unter dem Eindruck der Zerreißen der ehemals stolzen Arbeiterbewegung in mehrere selbständige Teile, angesichts der furchtbaren Entbehrungen, die besonders auf der Arbeiterschaft lasteten, unter dem Banne des großen Streiks und der heißen Sehnsucht der Massen nach Frieden hatten wir uns wohl alle in dem Gedanken eingelegt, daß eine scharfe Radikalisierung der Arbeiterschaft natürlich wäre. Dem stand allerdings die merkwürdige Tatsache gegenüber, daß gerade die Gewerkschaften, die doch wahrhaftig nicht in dem Geruch radikaler Tendenzen stehen, trotz aller Kriegsnot fast sprunghaft an Mitglieder zunehmen. Dazu kamen die überraschenden politischen Wahlen zum Reichstage als auch zu den Stadt- und Gemeindevorstellungen, die mit einer einzigen Ausnahme, durchweg eine Mehrheit für den weniger oppositionellen Arbeitervertreter brachten. Wir denken dabei an das auffällige Wahlergebnis von Niederbarnim, das durch reichliche andere, weniger auffällige Beispiele ergänzt werden könnte. Zu alledem kommt nun noch der Bauarbeiterverbandstag, der erst zu derselben Zeit stattfand, als man gerade in Stuttgart die Gründung der Einheitsgewerkschaft in die Wege leitete. Gab es eine Gewerkschaft, deren Mitglieder politisch regsamer, leichter zu Streiks geneigt waren, als der Verband der Bauarbeiter? Und gerade er bringt uns die Zustimmung sämtlicher Delegierten zum Bericht des Vorstandes und der Fachpresse gegen nur drei Stimmen. Und das, trotzdem Vorstand und Redaktion sich rückhaltlos hinter die sogenannte Kriegspolitik der Gewerkschaften stellten. Der Verbandsvorsitzende Paepflow erklärte, er könne der Gesamtpolitik der Generalkommission nur bestimmen, und vertrete, daß diese Politik auch weiterhin zur Durchführung komme, weil sie das einzig vernünftige sei, was man machen könne. Ihm trat Winnig in längeren Ausführungen zur Seite. Gegen diese sprachen der Reichstagsabgeordnete Hüttmann und der Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann.

Silberschmidt empfahl in längeren Ausführungen die Verlängerung des Tarifvertrages bis 1919, dem auf der vereinbarten Grundlage zugestimmt wurde. Über »Wirtschaftliche und politische Neuordnung« hielt Winnig ein großzügiges Referat. Bei der Statutenberatung wurde im wesentlichen der Statutenentwurf des Vorstandes angenommen. Über den Verbandsbeitrag gab es eine längere Debatte. Mit großer Mehrheit wurde jedoch beschlossen, den Verbandsbeitrag aus dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses, dessen Stellvertreter, und aus den Bezirksleitern zusammensetzen. Die Bestimmungen aus dem Verbandsstatut erhielten die Ergänzung, daß wenn ein Verein sich auflöst, oder er austritt, das Vereinsvermögen der Hauptkasse zufällt. Das Eintrittsgeld wurde von 50 Pfg. auf 1 Mk. erhöht. Die Beiträge wechseln fortan je nach dem verdienten Stundenlohn von 50 Pfg. auf 1 Mk. 10 Pfg. Entsprechend dieser Neuregelung wurden auch die Unterstützungssätze erhöht. Der Verbandsvorstand wurde wieder gewählt.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gau Frankfurt a. M. — Mainz!

Am 17. März fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Ortsvorstände des Gaus statt. Der Hauptvorsitzende berichtete zunächst über die letzte Bewegung zur Verbesserung der Löhne, die auch diesmal wieder nicht ohne Resultat verlaufen ist. In einer Reihe von Firmen sind Gehaltserhöhungen erfolgt. — Da eine Anzahl von Firmen es nicht für notwendig fanden, auf unser höflich gehaltenes Schreiben zu antworten, soll hier ein schärferes Vorgehen stattfinden. Alle Redner bis auf den Vertreter von Offenbach konnten mit Zufriedenheit dieser Tätigkeit des Gauvorstandes zustimmen. Der Vertreter von Offenbach stellte fest, daß die Löhne dort die schlechtesten im Gau sind. Hier wird es dem Gauvorstand anheim gestellt, sofort einzugreifen.

Über die Notwendigkeit der Erhöhung des Beitrags referierte ebenfalls der Vorsitzende. An der Hand von Material ging er zunächst auf die Verhältnisse der Organisation bei Kriegsbeginn zurück und wies so nach, wie unangehore gewerkschaftliche Arbeit der Verband geleistet hat und leisten wird. Der Hauptpunkt ist immer die Frage: wie bringen wir die Organisation auf sichere Gleise? Wenn der Gauvorstand sich auf die Vorlage des Hauptvorstandes gestellt habe, so aus dem Grunde, weil ein anderer Ausweg aus der Misere ausgeschlossen erscheint. Wir, die wir die Verpflichtung als Heimgebliebene haben, zunächst das zurückgelegte Kapital zu schonen, um nicht noch einmal das zu erleben, was wir erlebt haben, die wir weiter für unsere im Felde stehenden Kollegen zu sorgen haben, damit diese, nicht Arbeit um jeden Preis annehmen, wir müssen den Vorschlägen des Hauptvorstandes folgen. Da unsere Organisation ein Stück eines jeden Kollegen ist, haben wir auch alle darauf zu achten, daß wir uns wieder befähigen. Zumal die Abstimmung uns für 20 Pfg. pro Woche die volle gewerkschaftliche Unterstützung bringt und viele Gewerkschaften mit Beitragserhöhung uns längst voran gegangen sind. Dazu kommen nach Friedensschluß zweifelsohne wieder Lohnkämpfe und andere soziale Aufgaben, die uns zwingen Kapitalien anzuhäufen. Daß Beitragserhöhungen bei einem Teil der Kollegen stets auf Widerstand stoßen, ist bekannt. Den Kollegen aber ist zu sagen, daß sie bei ruhiger Leidenschaftloser Überlegung zu dem Antrag des Hauptvorstandes kommen müssen. Der Referent teilte noch mit, daß der Gauvorstand vom Hauptvorstand eine volle Reorganisation verlangt habe, damit endlich einmal der Verband auf gesunde Füße komme und die Beunruhigung der Kollegen aufhöre. In der Diskussion erklärte Kollege Schnellbacher, Hanau: Die neue Vorlage des Hauptvorstandes bedeutet den Zusammenbruch der Organisation, der für die Eingeweihten keine Überraschung bilde. Aus allen Reden und Notizen sei ersichtlich, daß ein Wiederaufbau geplant sei. Das dies aber nur Flickwerk sei, müsse doch jedem begreiflich erscheinen. Die Beitragserhöhung um 20 Pfg. pro Woche, könne niemals die letzte sein, es ist eine Schraube ohne Ende. Die Mehreinnahme von 52000 Mk. pro Jahr könne den Verband nicht retten. Alles hinweisen auf die Kollegen im Felde ist eine absurde Sache. Durch den langen Krieg sind die Beziehungen mehr wie gelockert. Um alles wieder zusammen zu bringen wie es früher war, dazu dürften Jahre vergehen. Wenn eine Erhöhung nach Ansicht des Hauptvorstandes notwendig war, so mußte zumindestens der Krieg vorüber sein und nicht in der jetzigen ersten Zeit eine Beunruhigung in die Kreise der Kollegen hineingetragen werden. Die Schuld an unseren ganzen Verhältnissen trage die Versmelzung. Die damaligen Gegner seien mit Hohn und Spott überschüttet worden.

Der Hauptvorstand habe aber damals, genau wie heute durch seine bekannte Aufklärung für das Verschmelzen gesorgt. Unsere Gewerkschaft ist ein reiner Unterstützungsverein, in dem auch hin und wieder einmal ein Streik vorkommt. Der Hinweis auf Staat und Gemeinde und die Konsequenz auf die Arbeitslosenfürsorge ändere nichts auf Einhaltung des Statuts. Ein unbegreiflicher Standpunkt bilde auch die Berufung auf das Mehrzahlen der Krankenkassen. Ein Frevel ohne gleichen sei es, die Kollegen zu täuschen und ihnen den Bankrott zu verschweigen. Keine Halbheiten sondern ganze Arbeit verlangte Schnellbacher, er empfiehlt eine reine gewerkschaftliche Kampfesorganisation zu errichten, vielleicht mit Reise- und Arbeitslosenunterstützung eventuell auch Sterbegeld. Alle anderen Unterstützungen gehören nicht in eine gewerkschaftliche Organisation. Ebenso bedauert Referent noch, die kurze Zeit der Urabstimmung.

Weber, Abnaut, der von einem Kaiserschnitt sprach, der angelegt werden müsse, und Bez stellten sich vollinhaltlich auf den Standpunkt Schnellbachers. Mayer und Hensel, Frankfurt, versuchten in längeren Ausführungen den Standpunkt

des Gauvorstandes zu verteidigen, trotzdem auch diese der Auffassung sind, daß ganze Arbeit notwendig sei, um das Vertrauen der Kollegen wieder zu erringen. Über die Einführung einer nur gewerkschaftlichen Organisation könne nicht diskutiert werden, wo der größte Teil unserer Kollegen langjährig organisiert sei und dadurch um alle Ansprüche gebracht werde. Folgende Resolution gelangte zur Abstimmung: »Die anwesenden Vertreter der Mitgliedschaften im Gau 7, vertreten ihre persönliche Meinung und verwerfen entschieden jede Beitragserhöhung.« Die Vertreter von Hanau und Darmstadt stimmten dafür. Die Vertreter von Frankfurt I und II, Offenbach a. M., Neu Isenburg, Aschaffenburg, sind für die Vorlage des Hauptvorstandes. Ebenso Mainz, die durch Zugewinnfall, telegraphisch ihre Zustimmung zur Vorlage gaben.

Zur Aussprache über die Urabstimmung

gingen uns mehrere lange Artikel zu, die den Raum unserer jetzt doch nur vier Seiten umfassenden Zeitung, gegen acht Seiten der Friedenszeit, ungebillig in Anspruch genommen hätten. Wir haben in Kollegen Schnellbader wohl den schärfsten und konsequentesten Kritiker zu Worte kommen lassen. Unmöglich geht es aber an, auf dem geringen Raum eine so breite Diskussion zu führen, ohne dabei den Charakter unserer Zeitung, ein Agitations- und gewerkschaftliches Belehrungsmittel zu sein, vollständig zu verändern. Wir dürfen doch nicht dabei vergessen, daß große Preßfedern auf die übergroße Mehrzahl der Leser wahrhaftig keinen erhebenden Eindruck machen; von ihrer Notwendigkeit sind im allgemeinen wenig mehr als die Schreiber selbst überzeugt. Wohl aber würden wir dabei den Gegnern unseres Verbandes ein geradezu willkommenes Material an die Hand geben, wenn wir unsere Gebreden auf offenem Markte auseinandersetzen würden. Das aber kann unmöglich die Aufgabe der »Graphischen Presse« sein. Solche Diskussionen gehören in die Versammlungen, in die Zirkel, wo wir unter uns sprechen dürfen. Die Urabstimmung selber hat uns den Beweis geliefert, daß nur noch knapp 10 Proz. unserer Mitglieder die Notwendigkeit der Maßnahmen des Hauptvorstandes nicht einzusehen vermögen. Dieses erfreuliche Resultat zeigt uns, daß von einem Mißtrauen gegen die Verbandsleitung bei uns nicht mehr geredet werden kann, wie es zu jeder Zeit und in jeder anderen Organisation zu finden ist.

Mit dieser Vorbemerkung geben wir heute noch einer Einsetzung des Kollegen Schnellbader Raum, der, wie wir sehen werden, wieder die alte längst überwindene Anschauung vertritt, die Gewerkschaftsbewegung nicht mit der gesamten Kollegschaft sondern mit kleinen Stoffsrupps durchzuführen. Denn daß er mit seiner Idee 60 Proz. der Kollegen vereinigen könnte, daß glaubt wohl nur — Schnellbader.

Zur Rechtfertigung!

In meiner Zuschrift »Kampfgewerkschaft oder Unterstützungverein?« fügte die Redaktion ein Nachwort an, das nicht unwidersprochen bleiben kann. Die Redaktion führt an, daß ich reichlich spät den Bankrott des Verbandes entdeckt habe, denn derselbe sei bei Ausbruch des Krieges dagewesen. Ich habe dies gar nicht behauptet, sondern die jetzigen Maßnahmen, Beitragserhöhung und Begründung derselben sei eine Bankrotterklärung des Verbandes durch den Hauptvorstand. Umso schlimmer die jetzige Erklärung der Redaktion.

Bis zum Jahre 1905 seien wir ja eine reine Gewerkschaftsorganisation gewesen und wären wir es geblieben, so hätten wir nicht 90 Proz. aller Kollegen erfassen können. Dies sei zum Teil erreicht worden durch die Unterstützungseinrichtungen. Darauf muß ich erwidern, daß dies sich gerade zum Nachteil des Verbandes gezeigt hat. Die Zahl 90 Proz. Organisierte sieht auf dem Papier sehr schön aus, aber in der Praxis sind dies keine »Gewerkschaftler« gewesen, sondern »Unterstützungsempfänger«. Dabei erinnere ich an unsere verlorenen Streiks und Aussperrungen. Ich halte es aber für besser, statt 90 Proz. mit vielen »Unsicherer«, nur 60 Proz. Gewerkschaftler zu besitzen, die auch für die Kämpfe ein Verständnis haben. Mit diesen läßt sich mehr erreichen, als mit den 90 Proz. Das hat die Praxis bis jetzt erwiesen. Wenn ein Vertreter des Buchdruckerverbandes bei der Bestattung von Döblin erklärt hat, »der Aufstieg unseres Verbandes beginne mit der Einführung des ausgebauten Unterstützungswesens«, so beweist das gar nichts. Es kommt eben darauf an, was man als »Aufstieg« des Verbandes betrachtet. Die 90 Proz. der Kollegen haben uns angeblich den »Aufstieg« gebracht und bei Ausbruch des Krieges waren wir schon bankrott, wo wir eigentlich der Kollegschaft eine Stütze sein sollten.

Mit einem Pathos erklärt unser Kollege in der Redaktion, ob ich nicht wüßte, daß die erbittertesten Vorwürfe laut wurden, daß wir zu viel gestreikt hätten? Mein verehrtester Kollege, so haben wir nicht gewettet. Ein »Gewerkschaftler« wird sich nie bekümmern über viele Streiks, aber die Kollegen, die nur wegen den Unterstützung bei uns sind, denen wird dies nicht passen, wenn gestreikt wird. Dann sind die Vorwürfe nicht wegen zu vielen

Streiks allein erhoben worden, sondern von »Gewerkschaftlern« die Art der Führung der Streiks kritisiert, die zur Niederlage mit beigetragen haben soll.

Ich muß natürlich ganz entschieden ablehnen, daß meine Forderungen verglichen werden mit den Forderungen einer Einheitsorganisation, wie sie in Stuttgart, Köln usw. besprochen wurde. Dies kommt hier nicht in Betracht bei meinen gemachten Darlegungen, trotzdem ich anerkenne, daß die Forderungen der Stuttgarter und Kölner sehr beachtenswert sind und sie ebenfalls das Beste für die Arbeiterbewegung wollen. Die haben allerdings den Blick für die Wirklichkeit verloren, die gegen jede neu auftauchende Frage Sturm laufen. Die Verhältnisse werden uns in Zukunft andere Formen des Kampfes abtöten, ob man will oder nicht.

Weiter will ich der Redaktion sagen, daß ich nicht die Absicht des Hauptvorstandes verkannt habe, sondern die Absicht genau zu kennen glaube, die man verfolgt. Gerade dagegen mache ich Front und werde dem Rat nicht folgen, das Material gegen die Kriegspolizei der Gewerkschaften aufheben bis nach dem Kriege. »Bemüht« hat sich die Redaktion ganz anders als sie vorgibt, aber kneifen tut man, wenn man die Angelegenheit bespricht. Der Zweck ist so durchsichtig, aber zieht nicht mehr, da ich die mit »Goldrand versehene idealistische Brille« nicht benötige, denn mein Auge ist noch klar und unge-trübt und sieht der Wirklichkeit ins Auge. Ich glaube den Arbeitern am besten zu dienen, wenn man offen und ehrlich ausspricht was ist. So glaube ich durch die Darlegungen unseren Kollegen den Weg zu zeigen, der uns Besserung bringen kann, und zu warnen vor den Wegen, die der Vorstand will. Deshalb muß man einsehen, daß im Interesse der Kollegen die Vorlage mit »Nein« beantwortet wird.

F. Schnellbader, Hanau a. M.

Ortsberichte.

Frankfurt a. M. Am 22. März versammelten sich die Kollegen beider Filialen, in einer sehr guten Versammlung, um den Jahresbericht entgegen zu nehmen, ebenso auch, um ihr Veto zur Urabstimmung abzulegen.

Aus den Ausführungen des Kollegen Hensel ist zu entnehmen: Die Tätigkeit des Vorstandes auch im verflossenen Jahr war äußerst rege, wenn auch in letzter Zeit speziell zu bedauern ist, daß ein Teil der Kollegen durch die Kriegswirrnisse und den Kampf ums tägliche Brot gleichgültig geworden ist. Der Vorstand versuchte alles, um die gewerkschaftliche Betätigung der Kollegen zu heben. Die Zahl der organisierten Kollegen betrug am 1. Januar 1918 93 — gegen 97 Kollegen am 1. Januar 1917. Die Lehrlingsmitglieder sind von 15 auf 20 gestiegen. Der Arbeitsstand ist am günstigsten bei den Stein-druckern, eine Reihe Vakanzan konnten nicht besetzt werden, ebenso ist hier die Lohnsteigerung am günstigsten, könnte aber noch besser sein, wenn die Kollegen nicht so ängstlich an ihren alten Plätzen hängen würden. Die Chemigraphen haben ihren alten Stand behauptet. Lichtdrucker und Lithographen sind vom Arbeitsmarkt ganz verschwunden. Die Ausbildung der Lehrlinge läßt zum Teil sehr viel zu wünschen übrig. Die wichtigste Aufgabe des Vorstandes war auch im letzten Jahr dem Mehrverdienenden der Kollegen gewidmet. Wenn auch überall etwas erreicht wurde, so besteht absolut keine Neigung, mit dem Errungenen zufrieden zu sein. In Anbetracht der stetig zunehmenden Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel, müßten unsere Kollegen mindestens drei mal soviel verdienen wie heute. Mit mehreren Firmen am Ort wird ein erstes Wort zu reden sein. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß durch einen hohen Krankenstand veranlaßt, an die Hauptkasse nur wenig Geld abgeliefert werden konnte. Die Einnahmen 1917 betragen 6981,70 Mk., die Ausgaben 6809 Mk. Die Lokalkasse hat im Berichtsjahr um 111 Mk. abgenommen. An die Urlauber wurden 197 Mk., an die Frauen unserer eingezogenen Kollegen zu Weihnachten 430 Mk. ausgezahlt. Dem Vorsitzenden und Kassierer wurde einstimmig der Dank der Kollegen ausgesprochen. — Das Referat über die Beitragserhöhung hatte ebenso der Vorsitzende übernommen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern betont, daß eine Erhöhung nicht Platz greifen dürfe, denn eine Zustimmung bedeute, daß eine Schraube ohne Ende eintrete. Auf allen Seiten machte sich ein fortgesetztes Steigen bemerkbar und müsse dann wenigstens die Einführung des ganzen Statutes möglich sein. Ebenso sind auch die Verwaltungskosten ziemlich hohe. Es habe ja auch im August 1914 der Hauptvorstand unserer Zustimmung nicht bedurft, als er das gesamte Statut außer Kraft setzte. Von anderer Seite wurde mit allem Nachdruck betont, daß wir in der schwersten Zeit dem Verband Treue gehalten haben und jetzt bedeuten die 20 Pfg. nichts weniger, als für die Übergangswirtschaft mit ihrer großen Arbeitslosigkeit gesichert zu sein. Auch andere Fragen sozialer Natur warten der Erledigung. Dazu kommt noch die Konzentration des Kapitals, die die anderen Gewerkschaften bereits veranlaßte, Beitragserhöhungen vorzunehmen. Die Verwaltungskosten sind natürlich hohe, es bestehe aber wenig Unterschied darin, ob eine Verwaltung 100 oder 1000 Mitglieder habe. Ebenso ist es natürlich mit dem

Gesamtverband. Die Abstimmung zeigte, daß auch die Frankfurter Mitgliedschaft sich der Notwendigkeit der Erhöhung nicht verschließen konnte. Diese Notwendigkeit ist auch offensichtlich, als das ein Kollege, der erst über Berufs- und Verbandsverhältnisse nachdenkt, vor seinem eigenem Gewissen die Ablehnung vertreten kann. Bei einer ungültigen Stimme, stimmten 5 dagegen, alle anderen dafür.

Die photomech. Fächer

Ortsberichte.

Berlin, Chemigraphen. Die Mitgliederversammlung am 7. März 1918, beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Bericht des Kollegen Förster über die Aussprache der Vertrauensmänner mit dem Vertreter des Hauptvorstandes; 4. Verschiedenes.

Aus dem Bericht des Kollegen Förster entnehmen wir folgendes: Nach Herausgabe der Broschüre des Kollegen Haß, habe sich unter den Kollegen eine begriffliche Erregung gebildet. Es wäre damals Pflicht der Verwaltung gewesen, in der Mitgliederversammlung dazu Stellung zu nehmen. Erst der Antrag des Kollegen Blechschmidt, eine genaue Auskunft über unsere Kassenverhältnisse vom Hauptvorstand zu erhalten, habe dazu geführt, daß Kollege Haß in 4 Vertrauensmännersitzungen, sich in ausführlicher Weise darüber äußerte. Um so überraschender sei das Rundschreiben, in welchem der Hauptvorstand sich veranlaßt sieht, durch Urabstimmung eine Beitragserhöhung von wöchentlich 20 Pfg. zu erheben. Er müsse dem Kollegen Haß deshalb den Vorwurf machen, daß er es in den 4 Sitzungen unterlassen habe, den Kollegen von dieser beabsichtigten Beitragserhöhung Kenntnis zu geben. Durch diese wäre es den Kollegen möglich gewesen, durch Aussprache unter sich, zur heutigen Versammlung Stellung zu nehmen. Aus diesem Grunde, und weil die eigenmächtige Erhöhung gegen die Resolution des Kollegen Baumann verstoße, empfehle er der Versammlung, diese Urabstimmung heute abzulehnen. Zur Aufklärung der Mitglieder, verliest auf Antrag des Vorsitzenden, der Kollege Blechschmidt den in der Vertrauensmännersitzung gestellten Antrag. Derselbe lautet:

»Die vom Hauptvorstand in Nr. 8 der »Graph. Presse« vom 22. Februar ausgeschriebene Urabstimmung über Erhöhung der Beiträge, entspricht nicht den Voraussetzungen des § 51 des Statuts, welcher die Frist von mindestens 6 Wochen bis zur Urabstimmung voraussetzt. Die Mitgliederversammlung der Chemigraphen Berlin's, kann deshalb einer Erhöhung der Beiträge erst dann zustimmen, nachdem die Urabstimmung statuten-gemäß bekanntgegeben, und der Hauptvorstand gleichzeitig den Mitgliedern eine Vorlage über Reorganisation unserer Kassenverhältnisse, Verwaltungskosten und über die Rückzahlung der aufgenommenen Darlehen unterbreitet hat, zu der die Mitglieder Stellung nehmen können.«

Begründung: »Der Mitgliederbestand unserer Organisation dürfte nach Friedensschluß im günstigsten Falle 9-10000 Mitglieder betragen, da der Verlust an Mitgliedern durch Tod, Invalidität und Abwanderung in andere Berufe überaus stark ist. Außerdem fehlt der Nachwuchs in einzelnen Berufen vollständig. Auf Grund dieses angenommenen Mitgliederbestandes und der veränderten Berufsverhältnisse sind die Ausgaben für einzelne Unterstützungszweige, Verwaltungskosten und Rückzahlung der Darlehen zu berechnen und dementsprechend der Beitrag festzusetzen. Deshalb dürfen die jetzigen Verwaltungskosten in keinem Verhältnis mehr zu den Einnahmen und dem Mitgliederbestand auch nach dem Kriege stehen. Über die Regelung dieser Frage soll die nächste Generalversammlung entscheiden.«

Nun erhielt Kollege Haß das Wort zu seinem Referat über die Urabstimmung. Eingangs führte er, zur Erwidrerung auf die vorhergehenden Angriffe Försters, folgendes aus: Wie aus der Anfrage zu ersehen ist, konnte er in den 4 Sitzungen nur über die Kassenverhältnisse sprechen; denn sowohl in der Resolution Baumann, als wie in der Zeit selbst liegt es, daß der Hauptvorstand mit einer Reorganisation nicht kommen konnte. Die verlangte Beitragserhöhung soll auch keine Reorganisation, sondern eine Maßnahme im Interesse des Verbandes sein, damit die Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft erleichtert wird und, wenn nach Friedensschluß unsere gewerkschaftliche Tätigkeit zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder einsetzt, auch die genügenden Mittel dazu vorhanden sind. Nachdem Kollege Haß des weiteren noch über die Verbandstätigkeit, sowie über das gewerkschaftliche und wirtschaftliche Leben in den 4 Kriegsjahren referierte, empfahl er zum Schluß, indem er nochmals auf die nach Friedensschluß bevorstehenden Kämpfe hinwies, die Annahme der beantragten Beitragserhöhung, um dadurch der Gewerkschaft das Rückgrat zu stärken.

Nach Eröffnung der Diskussion äußert sich Kollege Hehr dahin, es wäre besser gewesen, das Referat wäre nicht gehalten, sondern die

Chemigraphen hätten sich allein über diesen Punkt ausgesprochen. Dem Kollegen Haß könne er nur erwidern, ebensogut wie wir bis jetzt mit unsern Mitteln ausgekommen, so wären wir auch bis zum Schluß des Krieges ohne Beitragserhöhung zurechtgekommen. Da aber mit dieser keine Reorganisation des Verbandes verbunden ist, so lehne er jede Beitragserhöhung ab. Nachdem Kollege Förster den Vorwurf des Kollegen Haß, er hätte den Bericht nicht objektiv wiedergegeben, zurückgewiesen, kommt er auf das gespannte Verhältnis der Berliner Chemigraphen zum Hauptvorstand bis zum Jahre 1914 und die Maßnahmen desselben bei Ausbruch des Krieges, zu sprechen. Betreffs der Beitragserhöhung könne er die Ausführung des Kollegen Haß, dieselbe habe mit einer Reorganisation des Verbandes nichts zu tun, nicht verstehen. Im übrigen haben die Kollegen durch Bescheidung ihrer Rechte, sowieso schon erhöhte Beiträge geleistet. Seine Ansicht geht dahin, daß erst mal durch die »Graphische Presse« eine Agitation und Aussprache über ganz Deutschland, stattfinden müsse, damit auch unsere Kollegen im Felde ihre Meinung dazu äußern können. Zum Schluß bringt er eine Resolution darüber zur Verlesung. Auch Kollege Pflüger hält das Zirkular der Urabstimmung für eine Übertreibung und ist gegen jede Beitragserhöhung. Kollege Blechschmidt äußert sich noch dahin, die Absicht seiner Anfrage über die Kassenverhältnisse wäre die gewesen, dadurch eine Reorganisation des Verbandes in die Wege zu leiten; und dazu wäre dieselbe gewissermaßen die Basis gewesen. Aus diesem Grunde käme die Beitragserhöhung wie eine Überraschung. Der Hauptvorstand hätte klüger gehandelt, nicht so geheimnisvoll zu verfahren; sondern er hätte durch die »Graphische Presse« die Kollegen erst darauf aufmerksam machen soll; denn die Tatsachen beweisen, daß unsere Kassenverhältnisse von Jahr zu Jahr schlechter geworden sind. Was die Begründung der Erhöhung anbetrifft, so können die Zustände nach dem Kriege jedenfalls andere sein, wie bei Ausbruch desselben. Was die Arbeitslosenziffer anbetrifft, so könne man darüber noch kein abschließendes Urteil fällen, jedenfalls wäre anstatt der Erhöhung, ein Extrabeitrag eher am Platze gewesen. Da über eine Reorganisation erst nach dem Kriege gesprochen werden kann, so könne er nur der in der Vertrauensmänner-Sitzung gefaßten Resolution zustimmen und demgemäß die Beitragserhöhung ablehnen. Auch Kollege Bauerhin kommt in seinen Ausführungen auf die bestehende Animosität zwischen Mitgliedschaft und Hauptvorstand zu sprechen und meint; ehe derselbe nicht genügend Garantie biete, müsse man jede Beitragserhöhung ablehnen. Zur Geschäftsordnung meint Kollege Domnick: »Er habe die Auffassung, daß es wohl zu einer Verständigung kommen könne, er beantrage deshalb die Urabstimmung auf 8 Tage zu verschieben.« Daraufhin stellt Kollege Hehr einen Antrag, die Urabstimmung bis zur nächsten Arpilversammlung zu vertagen; damit

die Kollegen sich erst in den Geschäften darüber aussprechen können. In der darauffolgenden Abstimmung wird derselbe einstimmig angenommen. Der Vorsitzende verliest alsdann eine Resolution des Kollegen Markgraf, welche besagt, daß die Verwaltung eine Erhöhung der bestehenden Teuerungszulage um mindestens 10 Mk. wöchentlich, in die Wege leiten soll. Anwesend zirka 260 Mitglieder.

Feuilleton.

Scheußlichkeiten.

(Fortsetzung.)

Leider sind solche Elendsbilder keine Ausnahme. Aus manchem Hinterhaus unserer Arbeiterbezirke der Großstädte, besonders aus den älteren Häusern, wird ein talentierter Maler seine Motive holen können, die, auf die Leinwand gebannt, den nervenschwachen oder schönheitslüsternen Bürger zwingen werden, sich mit Schauern abzuwenden. Seht einmal so recht ältere Heimarbeiterinnen in das Gesicht, und ihr werdet erstaunt sagen, ja, das ist der Ausdruck, den Käthe Kollwitz so meisterhaft wiederzugeben vermag.

Wer z. B. das erste Mal durch die Straßen der malerischen Stadt Braunschweig schlendert, dem erscheint das Bild dieser alten Stadt so zauberhaft schön, als wären alle diese reizenden Häuser nur zu unserer Freude durch die Jahrhunderte erhalten worden. Aber gehe er dann einmal an einem Wochentag vormittags oder abends durch die entlegenen Gassen, wo die dort wohnenden Heimarbeiterinnen der Konservenfabriken ihre Arbeit auf Wagen aller Art ins Haus holen oder von dort abklaffen, sehe er sich dann einmal die zerlumpten schmutzigen, ärmlichen Kindern an, betrachte sich auch dabei die ausgemergelten und so unsagbar freud- und hoffnungslosen Gesichter der armen Mütter; schau, wenn er kann in die engen, dampfen, licht- und luftlosen kleinen Wohnräume dieser Familien; ach, er verliert nicht nur den Appetit auf Konserven, er verliert auch den Glauben daran, daß solche Elendsbilder Ausnahmen seien.

Nein, wären solche Bilder wirklich nur Ausnahmen, sie könnten kaum erstlich anhaltende Wirkung erzielen. Nicht der Künstler geht mit der Absicht an sein Werk, eine bestimmte Tendenz damit zu erzielen, die Tendenz wird viel mehr ganz von selbst dadurch erzielt, wenn der Künstler die Wirklichkeit rücksichtslos wiedergibt. Nur sehr selten ist der Künstler selber sich der tendenziösen Wirkung seines Werkes bewußt. Ihm interessiert nur die künstlerische Wirkung seines Werkes.

Erst dem Beschauer bleibt es vorbehalten, den in dem Werke zum Ausdruck gekommenen Gedanken mit seinen eigenen Erfahrungen zu verbinden. So entsteht die Tendenz bei dem Arbeiter, indem ihm das Kunstwerk schärfer als durch die Wirklichkeit sein eigenes Elend zum Bewußtsein bringt. Es zwingt ihn geradezu zum Vergleichen,

zum Nachdenken und ermuntert ihn, an der Abstellung dieser unwürdigen Zustände mitzuarbeiten. In entgegengesetzter Weise wirkt dasselbe Kunstwerk auf den im Wohlleben Reich gewordenen. Bei ihm wird, wie Felix Kuh sagt, der Eindruck des Unbehaglichen erzielt.

So wird ihm beim Anblick der Kinderszenen Fritz v. Uhdes die sich in den Hinterstuben eines vierstöckigen Mietshauses abspielen, unbehaglich. Er nennt die geist. ide, innige Art Uhdes, religiöse Motive in modern proletarische Umgebung darzustellen, »in den Dunstkreis der Misere hinabsteigen.«

So wird ihm seine eigene Klassenlage daran Kunstwerke in derselben Weise zu genießen, wie Arbeiter oder Sozialeinsichtsvollere sie genießen können. Vielleicht darf man in diesem Zusammenhang die soziale Kunst als das Gewissen der Gesellschaft bezeichnen. Der reiche behäbige Bürger, der auf Kosten einer tausendköpfigen Armut im Wohlleben schwelgt, fühlt sich von der Wirkung solcher Kunstwerke unangenehm bedrückt und steckt den Kopf vor dem unbequemen Mahner gern in den Sand. Der Einsichtige, Mitfühlende aber sucht zu begreifen und sucht verstehen zu lernen. So schöpft er mit dem Arbeiter die Erkenntnis daraus, daß solche Dinge nicht naturnotwendig sind, daß sie abgeändert werden können.

So arbeitet der Künstler sicher vielfach unbewußt, nur getrieben von einem menschlich und künstlerisch gleichmäßig empfindenden Herzen, an dem Kulturfortschritt der Menschheit. Weil aber diese Kunst, diese Scheußlichkeiten wiedergibt, selbst Wahrheit ist, darum mußte sie kommen, denn diese »entsetzlichen Scheußlichkeiten« sind leider immer noch viel zu sehr wahr.

Aber sie sollen nicht für Ewigkeiten wahr bleiben. Sie werden verschwinden, wie das Elend selbst verschwinden muß, dem sie ihr Dasein verdanken. Aber die Darstellung dieser Scheußlichkeiten hat dann ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt. Sie hat nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch den besten Teil der Gesellschaft aufgerüttelt an der Abstellung dieser Scheußlichkeiten mitzuarbeiten. Je mehr es der Arbeiterschaft gelingen wird, sich innerhalb des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens-Anteil an den Kulturgütern der Gesamtheit zu erringen, um so weniger wird die Kunst Gelegenheit haben, das Elend der Armen künstlerisch zu gestalten. Wohl aber wird sie dann reiche Anregung aus der aufstrebenden Arbeiterklasse, die sich die kulturelle Führung aneignen wird, empfangen. Völlig neue Motive werden ihr dann in großer Fülle zur Verfügung stehen. Sie wird dann nicht mehr nötig haben, die im fast idiotischen Stumpsinn hingewitterten armen Arbeitssklaven oder das elende Leben derselben mitleiderwedeckend darzustellen.

Wenn die Arbeit selbst aus den Fesseln des Elends befreit ist, wenn sie Lebensinhalt und Freude zugleich ist, dann wird auch die Darstellung der Arbeit in der Kunst wieder die Darstellung der Schönheit sein. Adolf Domnick.

Totenliste.

1918.

† Am 25. Januar in Cöln **Alwin Meyer**, Chemigraph aus Leipzig, 62 Jahre alt, an Entkräftung, krank 31 Wochen. — Eingetreten in Frankfurt a. Main am 29. März 1914.

† Am 30. Januar in Lübeck **Heinrich Meyer**, Steinschleifer aus Travemünde, 72 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 13 Wochen. — Eingetreten in Lübeck am 1. Januar 1893.

† Am 5. Februar in Cöln **Karl Schlamelder**, Lichtdrucker aus Clausthal, 31 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 45 Wochen. — Eingetreten in Halberstadt am 2. Juli 1905.

† Am 10. Februar in Dresden **Gustav Mätzig**, Steindrucker aus Groß-Schönau, 63 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 3. Juli 1910. — Eingetreten in Dresden am 26. Dezember 1897.

† Am 14. Februar in Frankfurt a. Main **Ludwig Urban**, Hilfsarbeiter aus Heffrich, 73 Jahre alt, an Asthma und Gehirnschlag, krank 6 Tage. — Eingetreten in Frankfurt a. Main am 1. Januar 1893.

† Am 15. Februar in Leipzig **Ernst Wenzel**, Steindrucker aus Zittau i. S., 65 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 18 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 31. Dezember 1895.

† Am 16. Februar in Hannover **Karl Wunderlich**, Lithograph aus Görzig bei Strehla, 61 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide vom 12. November 1916. — Eingetreten in Hannover am 2. Juli 1905.

† Am 23. Februar in Leipzig **Otto Hüttig**, Steindrucker aus Groß-Glogau, 66 Jahre alt, an Nervenleiden und Entkräftung, Invalide seit 15. August 1911. — Eingetreten in Chemnitz am 1. Januar 1893.

† Am 23. Februar in Mainz **Heinrich Maschmann**, Lithograph aus Mainz-Bretzenheim, 54 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 7 Tage. — Eingetreten in Mainz am 11. Mai 1902.

† Am 26. Februar in Bautzen **Adolf Wagner**, Steindrucker aus Cunewalde i. S., 45 Jahre alt, an Herzleiden, krank 12 Wochen. — Eingetreten in Emmerich am 2. Dezember 1894.

† Am 28. Februar **Ferdinand Schulte**, Steindrucker aus Elberfeld, 53 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 3 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Solingen am 1. Oktober 1896.

† Am 2. März **August Müller**, Steindrucker aus Radeburg, 54 Jahre alt, an Entkräftung, krank 11 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Dresden am 1. September 1885.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedbüchchens und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personallein, (Rufvornamen, Geburtsjahr und -jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

Der Hauptvorstand.

Für meine chemigr. Abteilung, in der hauptsächlich große, künstlerische Gemälde-Reproduktionen hergestellt werden, suche ich einen erstklassigen **Drucker** für Schwarz u. Bunt, einen tüchtigen **Farbätzer** und einen **Fräser und Fertigmacher**. Gefl. Off. m. Zeugnisabschr. u. Lohnanspr. an Kunstanstalten J. Müller, München.

Formstедergehilfen stellt ein **Wilhelm Lampe**, Druckwalzenfabrik, Hildesheim,

Erfahrener, tüchtiger **Steindruck-Maschinenmstr.** für feinen Chromodruck, gr. Formate m. kl. figürlich. Abbild. bald. ges. Gefl. Off. m. Zeugnisabschriften u. Angabe d. Lohnforderung erbeten an Kunstanstalten J. Müller, München.

Der praktische Umdrucker. Von Bernhard Enders. Inkl. Porto 85 Pf. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Schnuhr's „Troverm“

den Farben zugesetzt, verhindert das zu schnelle Trocknen derselben auf den Walzen und dadurch Spilwerden der Umdrucke infolge Anwendung des zu schnell trocknenden Ersatz-Farbes. Das Präparat ist praktisch ausprobiert, wirkt gut, läßt die Farben gleichmäßig einschlagen und verdrückt sich weschnellig wie mit Leinöl gemischte Farben. Troverm ist zart weißle Zeugnisse zu Diensten Mark 12,50 pro Kilo.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49. Chemisch-technische Druckpräparate.